

## Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Simone Tolle, Renate Ackermann, Thomas Gehring, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Claudia Stamm** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Bericht über den Hungerstreik iranischer Asylsuchender in Würzburg

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit mündlich und schriftlich einen Bericht über die Situation und die Zukunft der iranischen Asylsuchenden, die sich seit dem 19. März 2012 im Hungerstreik befinden, zu erstatten. Dabei soll insbesondere auf folgende Punkte eingegangen werden:

- Was ist der Staatsregierung über die Hintergründe des Hungerstreiks bekannt und wie steht sie zu den Vorwürfen? Aus welchem Grund hat sie sich bislang geweigert, sich ein Bild vor Ort zu machen und mit den Asylsuchenden zu sprechen?
- Welchen Aufenthaltsstatus haben die hungerstreikenden Asylsuchenden? Seit wann sind die Asylanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anhängig? Seit wann sind die Asylsuchenden in der GU Würzburg untergebracht? Sind sie akut von Abschiebung bedroht?
- Wie beurteilt die Staatsregierung die aktuelle Menschenrechtslage im Iran? Wie viele Abschiebungen wurden in den letzten drei Jahren in den Iran vollzogen (in Bayern und in den anderen Bundesländern)? Wie viele Iranerinnen und Iraner befinden sich zurzeit hier in Abschiebehaf?
- Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung zu ergreifen, um den Hungerstreik zu beenden? Wird eine gesundheitliche Notversorgung der Hungerstreikenden gewährleistet und falls ja, durch wen und wie? Welche Zukunftsperspektive haben die Asylsuchenden?
- Welche Maßnahmen will die Staatsregierung ergreifen, um grundsätzlich die Situation von Asylsuchenden in Bayern zu verbessern?

### Begründung:

In Würzburg befinden sich seit dem 19. März 2012 zwischen 7 und 10 Asylsuchende aus dem Iran im Hungerstreik. Die Asylsuchenden sehen den Hungerstreik als letztes Mittel, um auf ihre verzweifelte Situation, die menschenunwürdige Behandlung und die permanente Unsicherheit bezüglich ihrer weiteren Zukunft aufmerksam zu machen und Verbesserungen einzufordern. Sie fordern für alle Asylsuchenden in Bayern bessere Bedingungen.

In der Pressemitteilung der Asylsuchenden heißt es wörtlich:

„An die Verantwortlichen der bayerischen Asylpolitik:

Wir beschweren uns bei der bayerischen Regierung aufgrund ihrer nicht gehaltenen Versprechen, unsere ungewissen und leidvollen Umstände zu verbessern. Um eine Anerkennung unseres Status als politische Flüchtlinge, wie auch eine Besserung unserer Lebensverhältnisse zu erreichen, fühlen wir uns gezwungen, zum letzten der uns möglichen Mittel zu greifen und in den Hungerstreik zu treten.

Wir leiden unter dem langwierigen, Jahre anhaltenden Prüfungsprozess unserer Asylanträge und hoffen jeden Tag darauf, dass sich diese Folter der Ungewissheit schnellstmöglich zum Besseren wendet. Diese Ungewissheit und dass uns keinerlei Selbstständigkeit im Alltag gewährt wird, wir außerdem wie Gefangene gehalten werden, zermürbt und treibt uns in den Tod.

Der Selbstmord Mohammad Rashepars, welcher sich am 29. Januar 2012 in Würzburg ereignete, ist nur ein Beispiel dafür, wozu einen solche Umstände treiben.

Wir sind politische Asylbewerber, die der Hölle der „islamischen Republik“ Iran entflohen sind. Der Iran ist ein Land, in dem heutzutage Menschenrechte, seitens der dort etablierten Machthaber, mit Füßen getreten werden und weder Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, noch Religions- und Meinungsfreiheit vorherrschen. Wir mussten von dort fliehen, um unser Leben zu retten und suchten daraufhin Asyl in einem sicheren Land. Doch in diesem hochentwickelten Land, im Herzen Europas, welches sich tagtäglich über die Menschenrechtsverletzungen in anderen Staaten empört, fühlen wir uns selbst mit einer absolut unmenschlichen Behandlung konfrontiert. Jeder Mensch, der sich in einer solchen Zwangslage wie wir befindet, der er nicht entfliehen kann und die ihm dabei eine ungewisse und zweifelhafte Zukunft offenbart, wird angesichts dieser selbst den Tod als bessere Alternative bevorzugen.

Wir werden unter keinen Umständen in die Hölle des iranischen Regimes zurückzukehren! Ein Regime, das vor den Augen der ganzen Welt gegen die Menschenrechte verstößt, Menschen zu unrecht einkerker, foltert, vergewaltigt und öffentlich erhängt und steinigt. Wie kann man ein solches Land als sichere und lebenswerte Heimat betrachten?

Doch wir akzeptieren auch nicht die menschenunwürdige Behandlung des bayerischen Staates an uns!

Aus diesem Grund fordern wir die bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Christine Haderthauer dazu auf, nach Würzburg zu kommen, damit sie Stellung bezieht zu der im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders harten Lebenssituation Asylsuchender im Freistaat Bayern. Und damit sie darüber hinaus unseren Status als politische Flüchtlinge anerkennt. (...)

Wir werden unseren Streik fortführen, bis die Verantwortlichen für die bayerische Asylpolitik mit uns verhandeln und wir die Anerkennung unseres Asylantrags, sowie eine Verbesserung der Situation aller Schutzsuchenden in Deutschland erreichen.“